

# Gewerkschaftliche Monatshefte 11'89

---

Hans O. Hemmer

---

## Der DGB vor neuen Orientierungen?\*

---

Alle attestieren ihm schöne Erfolge, Solidität und Verantwortungsbewußtsein. Und dennoch ist der DGB, vierzig Jahre nach seiner Gründung, in einer seltsam instabilen Verfassung, scheint er nicht unbedingt auf der Höhe der Zeit zu sein. Die durchaus eindrucksvolle Vergangenheit der größten Arbeitnehmerorganisation wird mehr und mehr überlagert durch strukturelle und organisatorische Unzulänglichkeiten, durch programmatische und politische Unsicherheiten. Hinzu kommen die rasanten Entwicklungen in der DDR und in Osteuropa, die auch bei den Gewerkschaften in der Bundesrepublik bisher eher Ratlosigkeit denn Tatendrang, mehr Reaktion als Konzeption hervorgerufen haben.

### Sozialismus am Ende?

Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ ist ein säkulares Ereignis, dessen Fortgang und Folgen noch nicht abzusehen sind. Was haben die Gewerkschaften in der Bundesrepublik damit zu tun? Sie sind nicht und sie waren nie sozialistische Organisationen, sondern immer eine Zusammenfassung von Arbeitnehmern unterschiedlicher politischer und ideologischer Herkunft und Haltung. Allerdings haben viele Gewerkschaftsmitglieder und die Mehrheit ihrer Funktionäre sozialistische Leitbilder und Zielvorstellungen, die, auch wenn sie nicht mit denen des „realen Sozialismus“ identisch sind, von dessen Abdankung nicht unberührt bleiben werden. So sehr sich der „demokratische Sozialismus“ bestätigt fühlen kann, so richtig ist es, daß er sich auf eine für die Menschen in Ost und West eindeutige Weise von jenem maroden Verwandten absetzt, dessen Herrschaft - wie die Welt spätestens jetzt erkennt - auf Unterdrückung gründete.

Es besteht die Gefahr, daß jene bei uns, die Sozialismus immer schon mit Mißwirtschaft und Kollektivismus gleichgesetzt haben, Zulauf von denen bekommen werden, die ihn vierzig Jahre lang am eigenen Leib als Freiheitsberaubung und Funktionsanmaßung erlebt haben. Sie müssen zunächst von einem glitzernden Kapitalismus beeindruckt sein, in dem die Computer

---

\* Ich danke Gottfried Christmann für seine Mitarbeit an diesem Text.

immer leistungsfähiger, die Autos immer schneller, der alltägliche Luxus scheinbar immer selbstverständlicher wird.

Ein neudefinierter Sozialismus wird seine Kraft und seinen Wert auch dadurch zu erweisen haben, daß er einen praktikablen Weg findet, wie einerseits diejenigen, die auf diese Segnungen bisher verzichten mußten, in deren Genuß kommen und andererseits die Natur nicht endgültig vor die Hunde geht, und die Menschen nicht seelisch und moralisch mehr und mehr auf den Hund kommen - als Preis für Wohlstand und Luxus.

Der DGB und seine Gewerkschaften waren sich stets darüber im klaren, daß es sich etwa beim Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) der DDR nicht um eine unabhängige Gewerkschaftsorganisation handelte, die über das Streikrecht verfügte und zu echten Tarifvereinbarungen in der Lage gewesen wäre. Dennoch hat es zwischen dem DGB und den gewerkschaftlichen Organisationen Osteuropas vielfältige, unterschiedlich intensive Kontakte gegeben. Dagegen ist auch im nachhinein ebensowenig einzuwenden wie gegen die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, die ja Voraussetzungen für die aktuelle Entwicklung in Osteuropa geschaffen hat.

Die kontinuierlichen Beziehungen zu oppositionellen Kräften in diesen Ländern sind manchmal zu kurz gekommen. Sicher haben sie sich in der DDR zum Beispiel nicht so angeboten wie in Polen, wo der DGB in der Solidarnosc einen unübersehbaren Anknüpfungspunkt hatte und hat. Aber das aktuelle Ausmaß der Unzufriedenheit und des Aufbruchs in der DDR läßt vermuten, daß es auch hier Ansätze gegeben haben muß.

Wie auch immer die Entwicklung verlaufen mag, sie muß mit einer grundlegenden Reform der durch sture Planwirtschaft zerrütteten Ökonomie und insofern mit einschneidenden Maßnahmen in Industriebetrieben, im Handwerk, in Verwaltungen einhergehen. Davon werden alle zentralen Größen der Betriebs- und Volkswirtschaft betroffen sein, zum Beispiel Arbeitsproduktivität und Rationalisierung, Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsmoral, Profit, Konkurrenz und auch Arbeitnehmerrechte. In einer solchen Lage sind starke, unabhängige und handlungsfähige Gewerkschaften gefordert. Anforderungen, denen die bisherigen gewerkschaftlichen Organisationen in der DDR, selbst wenn sie überleben sollten, kaum gerecht werden können. Es sind also Kräfte nötig, die eine ökonomische Wende, etwa zu marktwirtschaftlichen Strukturen, in den Betrieben, den Regionen und der Gesamtwirtschaft mit gewerkschaftlichem Augenmaß und Durchsetzungsvermögen begleiten. Einen derartigen Prozeß in unaufdringlicher, aber effizienter Form zu fördern und zu unterstützen, könnte eine der wichtigsten Aufgaben des DGB in naher Zukunft werden.

#### DGB in der Krise?

Auch wenn dies in absehbarer Zeit Kräfte des DGB binden sollte, wird er und werden seine Gewerkschaften nicht umhin kommen, über seinen eigenen

Zustand und seine Perspektiven nachzudenken, zu diskutieren und zu entscheiden. Dazu mag es nützlich sein, einen Blick auf die „Reformgeschichte“ des DGB zu werden.

Hans Böckler hat bereits im November 1945 in seiner Begründung für eine zentralistisch-straffe (allgemeine) Gewerkschaft die Auffassung vertreten, daß die Bündelung gewerkschaftlicher Entscheidungsstrukturen und Einrichtungen in der entwicklungsgeschichtlichen Linie der deutschen Gewerkschaftstradition liege. Das Ergebnis des gewerkschaftlichen Gründungsprozesses war eine vergleichsweise schwache Dachorganisation und 16 mitunter sehr starke Industriegewerkschaften und Gewerkschaften.

In der britischen Besatzungszone billigten sie dem Bund zunächst immerhin 35 Prozent ihrer Beitragseinnahmen für Koordinierungsaufgaben zu; der Münchener Gründungskongreß des DGB von 1949 reduzierte diesen Anteil auf 15 Prozent. Damit war - gegen den ausdrücklichen Einspruch kleinerer Gewerkschaften - das Prinzip der Autonomie jeder einzelnen Gewerkschaft finanziell gesichert. Wenn auch in der Überwindung weltanschaulich und religiös geprägter Richtungsgewerkschaften ein vorwärtsweisendes Moment lag, so besiegelte der Gründungskongreß - etwa gemessen an den ursprünglichen Plänen Böcklers - bereits eine Niederlage, die allerdings zunächst kaum wahrgenommen wurde.

Sie wurde überdeckt etwa durch die Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung, die mit einem Kompromiß der Patriarchen Böckler und Adenauer endete und den DGB in der Öffentlichkeit zunächst stark und handlungsfähig erscheinen ließ. Daß seine Durchsetzungsfähigkeit schwand, erwies sich bereits 1952 bei der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes, das gegen die Gewerkschaften durchgesetzt wurde. Immerhin wurde die Gewerkschaftspolitik damals auch intern noch so stark mit dem Handeln der DGB-Spitze gleichgesetzt, daß Böckler-Nachfolger Christian Fette quasi persönlich für die Niederlage verantwortlich gemacht wurde. Die Delegierten des DGB-Kongresses im Oktober 1952 wählten ihn ab, setzten den im Streit um die Betriebsverfassung auch nicht unbeschädigten Vorsitzenden der IG Metall, Walter Freitag, an seine Stelle und schwächten die Handlungsfähigkeit des DGB weiter, indem sie seinen Beitragsanteil von 15 auf 12 Prozent reduzierten. Bei den Bundestagswahlen 1953 mißlang dann auch die politische „Abrechnung“ mit dem Stimmzettel - Adenauers „Kanzlerdemokratie“ und Erhards Marktwirtschaft wurden eindrucksvoll bestätigt. Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Neuordnungspläne der Gewerkschaften verschwanden nach und nach in den Schubladen, ihr tarif politisches Instrumentarium rückte in den Vordergrund.

Zwar blieb der DGB auch unter seinen Vorsitzenden Freitag, Willi Richter (1956 - 1962) und Ludwig Rosenberg (1962 - 1969) Träger politischer Initiativen - erinnert sei zum Beispiel an die Kampagne „Kampf dem Atomtod“ - aber beherrscht wurde das gewerkschaftliche Handeln von einer aktiven

Lohn- und Gehaltspolitik, wie sie das DGB-Aktionsprogramm forderte. Vorsitzender der Kommission, die dieses Aktionsprogramm erarbeitet hatte und jeweils weiterentwickelte, war der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner. Aufgrund dieser Konstellation kam der größten Gewerkschaft im DGB und ihrem Vorsitzenden - neben dem maßgeblichen Einfluß auf die Tarifpolitik - auch eine Schlüsselstellung für Politik und Programmatik des Gewerkschaftsbundes zu.

Trotz erheblicher und grundlegender Erfolge der aktiven Tarifpolitik (zum Beispiel 40-Stunden-Woche, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) drückte sich im Absinken des gewerkschaftlichen Organisationsgrades (1951: 38,6 Prozent; 1966: 29,9 Prozent) ein unverkennbarer Attraktivitätsschwund der Gewerkschaften aus, der die Frage nach zeitgemäßen Organisationsstrukturen immer wieder belebte. Allerdings blieb die Reformdiskussion zwischen 1959 und 1963, die über eine Stärkung des Dachverbands auch eine Neujustierung der Gewichtsverteilung zwischen kleinen und großen Gewerkschaften hätte bringen sollen, in den Anfängen stecken. Organisatorisch brachte sie lediglich eine Verschiebung innerhalb der Entscheidungsstrukturen der Bundesorgane.

Die gewerkschaftliche Programmatik der sechziger Jahre stellte Nah- und Fernziele in der Gewißheit nebeneinander, daß - so der damalige DGB-Vorsitzende Rosenberg - nicht alles auf einmal zu haben sei. Die weiterhin geforderte paritätische Mitbestimmung stellte man sich durchweg als „machbaren“ Bestandteil eines krisenfesten und steuerbaren Kapitalismus nach dem Rezept von Keynes vor. Die „Konzertierte Aktion“ war insofern folgerichtiges Krisenmanagement des Rezessionsschocks von 1966/67. Die Unterstützung der „Großen Koalition“, das Ende des gewerkschaftlichen Widerstands gegen die Notstandsgesetze und die deutliche Distanz des DGB zur Studentenbewegung markierten Stärken und Schwächen des einheitsgewerkschaftlichen Denkens und Handelns.

Die folgende Aufbruchstimmung in der bundesrepublikanischen Gesellschaft führte beim DGB zu einer Flut programmatischer Papiere. Unter seinem neuen Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter (1969 - 1982) lebte auch die Debatte um eine Organisationsreform wieder auf. Nicht zuletzt die spontanen Streiks des Jahres 1969 warfen ein Licht auf Mängel und Disfunktionalitäten in den Gewerkschaftsapparaten. Auch das Übergewicht großer Gewerkschaften im DGB wurde mehr und mehr als drückend empfunden. Aber die Reform blieb wiederum aus. Die Autonomie der Gewerkschaften sollte nach dem Willen der die Stimmenmehrheit im DGB repräsentierenden großen Gewerkschaften nicht eingeschränkt werden. Gleichzeitig wurden erhebliche Aufgabenbereiche, wie zum Beispiel beim Rechtsschutz, zum DGB verlagert. Auch der dritte außerordentliche DGB-Kongreß 1971 brachte keine Stärkung des Dachverbandes. Das war keine gute Ausgangsposition für herausziehende Krisenzeiten.

Zwar kann sich die Bilanz der siebziger Jahre sehen lassen: steigende Realeinkommen, wichtige Reformgesetze, mehr Gewerkschaftsmitglieder und

wachsender Organisationsgrad. Aber ökonomische Krisen, insbesondere in Branchen und Regionen, verschärfte Rationalisierungen und Arbeitsbelastungen sowie die anhaltende Massenarbeitslosigkeit stellten die Konsensfähigkeit der DGB-Gewerkschaften manches Mal auf die Probe. Und nicht erst seit dem Amtsantritt der „Wende“-Regierung Kohl machen Beobachter einen „Entsolidarisierungsprozeß“ zwischen DGB und Gewerkschaften aus.

Auch wenn das 1981 verabschiedete neue Grundsatzprogramm des DGB ein wichtiger Beitrag zur Bestimmung der historischen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft und zur Standortklärung war, konnte es keine Antworten auf die zum Teil dramatischen Entwicklungen in zentralen Lebens-, Arbeits-, Politikbereichen bieten wie Umwelt, Rüstung, Dritte Welt, Friedenspolitik. Einige dieser Probleme betreffen Arbeitnehmer und Gewerkschaften ganz unmittelbar, oft allerdings in unterschiedlicher Intensität: So schließt zum Beispiel die sich verstärkende Diskussion um den Sinn des Autos als erstrangigem Verkehrsmittel die Frage nach der Zukunft von hunderttausenden von Arbeitsplätzen ein. Das gleiche gilt für Einsichten in die möglichen Gefahren chemischer Produktion. In beiden Fällen geht es überdies um Industrien von zentraler Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft.

Angesichts solcher und vieler weiterer, ähnlich gravierender Beispiele helfen gewerkschaftliche Formelkompromisse nicht weiter. Die Verlockung mag manchmal groß sein, dem DGB Schuld für Fehler und Versäumnisse zuzuweisen, ihn mit Koordinierungsaufgaben zu versehen, ihn aber vor allem zur Absicherung eigener und zur Blockade entgegenstehender Interessen zu nutzen. Das muß Neutralisierung zur Folge haben, die wiederum zu einem Bedeutungsschwund führt, den die Gewerkschaften nicht werden ausgleichen können. Oskar Negt hat in seinem Geburtstagsgruß für den vierzigjährigen DGB darauf aufmerksam gemacht, daß „Zwischengebilde“ wie der DGB „selbst bei besten Absichten und günstigsten Ausgangsvoraussetzungen keine guten Überlebenschancen“ hätten. Zwar gebe es gute Gründe für seine bisherige Stabilität, aber im Hinblick auf Zukunftsaussichten stehe der DGB, „durch gesellschaftliche Strukturveränderungen in eine unaufschiebbare Entscheidungssituation gedrängt, zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte vor Anforderungen, die das traditionelle Selbstverständnis einer ausgleichenden Balancearbeit zwischen den Einzelorganisationen sprengen.“

Der Solidarität im Zeitalter von Individualismus und Egoismus eine neue Attraktivität verleihen; die Überlebensfragen stellen, diskutieren und sie zu Prüfsteinen für alle gewerkschaftlichen Politikbereiche machen; die Mitbestimmung der Arbeitnehmer als ein gestaltendes Element für alle Bereiche der Arbeit zu profilieren - das sind Aufgaben, die es - neben dem unabdingbar bleibenden Einsatz für soziale Rechte, für Lohn, für Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen - in Angriff zu nehmen gilt. Der gewerkschaftliche Dachverband könnte das geeignete Instrument dafür sein - wenn er dazu instandgesetzt wird. Zu diesem Zweck wären politische Entscheidungen ebenso nötig wie weitreichende strukturelle und organisatorische Änderungen. Und der DGB

selbst müßte noch mehr Anstrengungen unternehmen, eine maßgebliche Rolle in der Debatte um die großen Probleme am Ausgang des Jahrhunderts zu spielen. Vielleicht ist das unter dem Zeichen notwendigen Sparens und schwindender Motivation bei vielen Funktionären, Mitgliedern und Sympathisanten eine unzeitgemäße Vorstellung. Jedenfalls wird sich gewerkschaftliche Politik in der Gesellschaft nur soweit vermitteln oder gar durchsetzen lassen, wie sie glaubhaft macht, bessere, menschlichere Alternativen zu kennen, die das Wohl der Allgemeinheit im Auge haben.